

Pöfener Zeitung.

Einundneunzigster

Jahrgang.

Ar. 320.

Donnerstag, 8. Mai.

1884.

Annahme-Bureau.
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wubelmstr. 17) bei E. S. Nrici & Co. Breitestraße 20, in Grätz bei J. Streifand, in Meseritz bei H. Matthias, in Breschen bei J. Jadesohn.

Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei E. S. Faube & Co., Haafenstein & Vogler, Rudolph Hesse. In Berlin, Dresden, Gdrlitz beim „Invalidendank“.

Das Abonnement auf diese Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4/5 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 40 Pf. Die Postgebühren nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 6. Mai. Der König hat den bisherigen Hilfsarbeiter in der Schulverwaltung bei der Regierung zu Breslau Seminar-Direktor Strodyki, zum Regierungs- und Schulrath ernannt. Derselbe ist der Regierung zu Königsberg überwiesen worden.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhans.

83. Sitzung.

Berlin, 6. Mai. Am Ministertische: Kommissarien. Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min. Das Haus tritt in die dritte Beratung des Entwurfes, betreffend die Ergänzung der Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen der preussischen Monarchie. (Antrag Straßmann-Selle.)

Abg. Sahn: Die Gründe, welche gegen diesen Entwurf in zweiter Beratung vorgebracht worden, sind nicht widerlegt worden. Wir halten den § 79 der Städteordnung, wonach die Auflösung einer Stadtverordneten-Versammlung verfügt werden kann, für genügend, um etwaigen Uebeln abzuwehren. Die Bedürfnisfrage ist also auch nicht nachgewiesen; meine politischen Freunde werden daher gegen die Vorlage stimmen.

Nachdem Abg. v. Derken Namens der freikonservativen Partei die Vorlage befürwortet, wird dieselbe gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Der Entwurf betreffend die Bestimmung des Wohnsitzes im Sinne der rheinischen Gemeindeverfassungsgesetze. (Antrag Bache.)

Ebenso wird der Entwurf betreffend den weiteren Erwerb von Eisenbahnen für den Staat in dritter Lesung angenommen, nachdem

Abg. Dr. Langerhans Namens der Fortschrittspartei die Erklärung abgegeben, daß er sich einen Antrag über den Ausbau der Sauerbrunn-Oberloer Bahn vorbehalte.

Es folgt der zweite Bericht der Kommission für das Justizwesen über Petitionen.

Wierzig Zivilanwärter des Gerichtsvollzieheramtes aus verschiedenen Landesstellen petitioniren, daß sie bei Besetzung der Gerichtsvollzieherstellen den Militärämtern gleichgestellt und mit den letzteren gleichberechtigt angesehen werden.

Die Kommission beantragt, die Petitionen der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

Abg. Janssen beantragt, diese Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Witt empfiehlt die Gerichtsvollzieher der Teilnahme des Hauses. Gegen den Antrag des Abg. Janssen hat Redner nichts einzuwenden, doch würde ihm auch der Antrag der Kommission zu einer Abhilfe schon genügend erscheinen.

Der Antrag des Abg. Janssen wird hierauf mit großer Majorität angenommen.

Petenten aus Posen bitten um die Einführung des technischen Handarbeitsunterrichtes in die Lehrerseminare der Monarchie, um Eröffnung einer Zentralbildungsanstalt für Handarbeitslehrer und um Gewährung von Mitteln zur Förderung dieses Unterrichts.

Das Haus geht auf Antrag der Unterrichtscommission, in Erwägung, daß die Regierung bereit ist, den Bestrebungen der Petenten eine wohlwollende Berücksichtigung zu Theil werden zu lassen — zur Tagesordnung über.

Auf Antrag der Geschäftsordnungscommission erklärt das Haus, daß das Mandat des Abg. Marcand durch seine Ernennung zum Wirklichen Geheimen Rath nicht erlöschen sei.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident v. Köller schlägt vor, die nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr abzuhalten, um die dritte Lesung der Novelle zum Kommunalsteuer-gesetz zu erledigen.

Abg. v. Rauchhaupt schlägt vor, die nächste Sitzung erst am Sonnabend abzuhalten.

Der Präsident tritt diesem Vorschlage bei.

Nächste Sitzung: Sonnabend 10 Uhr.

Tages-Ordnung: Dritte Lesung der Novelle zum Kommunalsteuer-gesetz.

Schluß 12 1/2 Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

F. C. Berlin, 6. Mai. Die Agitation für die Erhöhung der Getreidezölle wird jetzt auch von der „Nordb. Allg. Ztg.“ aufgenommen. Das offiziöse Blatt läßt sich nämlich aus Darmstadt schreiben, immer mehr greife die Ansicht um sich, daß ohne Zollhöhung der Bauer zu Grunde gehen müsse. Zur Begründung dieser Behauptung wird zunächst angeführt: „Die Kornpreise sind niemals so niedrig gewesen wie jetzt, und dabei herrscht Ueberfluß an Waare.“ Daß niedrige Preise die unvermeidliche Folge eines reichlichen Angebots sind, scheint dem Korrespondenten der „Nordb. Allg. Ztg.“ bisher noch unbekannt geblieben zu sein. Weiter wird angeführt, daß sich das aus Kalifornien, Odeffa und La Plata stammende Getreide in Mannheim aufstauet; derselbe Ueberfluß finde sich beim Bauer, der nicht verkaufen könne. Genau dieselbe Klage, welche vor fünf Jahren in den Debatten über den Getreidezoll vorgebracht wurde, wird hier also abermals erhoben; wiederum soll das fremde Getreide Deutschland überschwemmen und dem Bauer den Abfah seines Getreides unmöglich machen. Nur wurde damals auch behauptet, der Zoll werde diese allein zu Spekulationszwecken erfolgende übermäßige Zufuhr auf ein angemessenes Quantum herabdrücken und auf diese Weise die Versorgung Deutschlands mit Brotkorn „regeln“. Da der bestehende Zoll diese Wirkung nicht gehabt zu haben scheint, so bleibt nur die

Frage übrig: Wie hoch müssen wir unsere Getreidezölle bemessen, bis dieselben endlich den Getreideverkehr zwischen Deutschland und dem Auslande „regeln“, d. h. doch wohl so beschränken, daß der Getreidebauer niemals Anlaß hat, sich über Ueberfüllung des Marktes zu beklagen. Am Schlimmsten ist es nach Ansicht des Korrespondenten der „Nordb. Allg. Ztg.“, daß die Frachten immer billiger werden; von Odeffa bis nach Worms werde der Zentner Weizen per Schiff für 50 Pf. transportirt. Wenn diese Abneigung gegen billigen Transport die Oberhand gewinnt, dürfte die deutsche Wirtschaftspolitik schließlich in einen Kampf gegen die Erleichterung und Verwohlfelderung des Transports verwickelt werden, dessen Konsequenzen gar nicht abzusehen sind. Ganz besonders auffallen aber muß es, daß der Ruf nach Zollhöhung an das offiziöse Blatt aus Darmstadt ergeht. Wenn irgend ein deutscher Staat, so hat grade das Großherzogthum Hessen in seiner Gesamtheit an einer Erhöhung der Getreidezölle kein Interesse. Hessen gehört zu denjenigen Ländern, welche alljährlich einen beträchtlichen Theil ihres Bedarfs an Brotkorn von auswärts beziehen müssen. Nach der neuesten, vollständig vorliegenden Erntestatistik hat das Großherzogthum z. B. im Erntejahr 1882/83 an Weizen, Spelz und Roggen rund 3 Millionen Zentner geerntet, von denen nach Abzug des für die Aussaat erforderlichen Quantum etwa 2 700 000 Ztr. für den Konsum verfügbar geblieben sein dürften. Bei einer Bevölkerung von nahezu einer Million Menschen (nach der Zählung von 1880: 936 340) ist aber der Bedarf Hessens an Brotkorn (4 Ztr. jährlich pro Kopf) auf ca. 4 Millionen Zentner zu veranschlagen, so daß die eigene Produktion ungefähr nur zwei Drittel des Bedarfs gedeckt haben dürfte, während das fehlende Drittel von auswärts beschafft werden mußte. Dazu kommt, daß bei der sehr weitgehenden Zerspaltung des Grundbesitzes, insbesondere in den vorzugswiese Obst- und Weinbau treibenden Gegenden, gerade in Hessen die Zahl derjenigen kleinen Landwirthe, welche regelmäßig Getreide für den eigenen Bedarf kaufen müssen, ganz besonders groß ist. Hier muß es auch am allerwenigsten gelingen, eine Erhöhung der Getreidezölle, welche von dem Großgrundbesitz angestrebt werden mag, als eine Wohlthat für die gesammte Landwirtschaft hinzustellen. Je weniger das Verlangen nach Zollhöhung in diesem Falle mit sachlichen Gründen gerechtfertigt werden kann, um so auffälliger ist die wohlwollende Aufnahme, welche eine solche Forderung in der offiziellen Presse findet. Gält man sie zusammen mit den Vorgängen in der bayrischen, badischen und württembergischen Kammer, so läßt sich die Vermuthung kaum abweisen, daß ein amtlicher Antrag auf Erhöhung der Getreidezölle vielleicht näher ist, als vielfach angenommen wird, und daß der Reichstag, wenn er bei dem Sozialistengesetz glücklich vorbeikommt, sich vielleicht bald bei einer Getreidezollvorlage abermals vor die Existenzfrage gestellt sieht.

Wie uns ein Berliner Korrespondent schreibt, wird der Kaiser am Sonnabend den 10. d. M. persönlich die Grundsteinlegung zum neuen Reichstagsgebäude am Königsplatz vollziehen.

Derselbe Korrespondent berichtet, daß das Befinden der Kaiserin sich wieder gebessert habe. Auch die „Nat.-Ztg.“ schreibt auf Grund eingezogener Erkundigungen, daß die Symptome der letzten Krankheit der Kaiserin geschwunden und nur eine große Körperschwäche zurückgeblieben sei, welche in der hohen Patientin den Wunsch nach dem Aufenthalt in der Bette ständig rege erhält. Die ganze Aufmerksamkeit der behandelnden Aerzte ist auf die Hebung jenes Schwächezustandes gerichtet, den man in erster Linie von dem stets bewährten Aufenthalte in Baden erwartet. Sobald die Witterungsverhältnisse die Ueberfiedelung nur einigermaßen gestatten, wird dieselbe erfolgen.

In der letzten Sitzung des Bundesraths wurde der mittlere Antrags Preußens vorgelegte Entwurf eines Gesetzes gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen den zuständigen Ausschüssen zur Vorberatung überwiesen. Die Versammlung erteilte dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Anfertigung und Verpolung von Rindhölzern, in der von dem Reichstage beschlossenen veränderten Fassung, sowie dem von der königlich sächsischen Staatsregierung beantragten Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Maß- und Gewichtsordnung vom 17. August 1868, gemäß den Vorschlägen der Ausschüsse die Zustimmung.

Zu der zweiten Beratung des Sozialistengesetzes im Plenum hat Abg. Dr. Windthorst die in der Kommission abgelehnten Anträge auf Abänderung des Gesetzes von 1878 unverändert wieder eingebracht. Der Verlauf der Beratung wird demnach in der Hauptsache derselbe sein, wie in der Kommission, wo bekanntlich die Mehrzahl der einzelnen Abänderungen mit Hilfe der Freisinnigen angenommen, der beantragte neue Artikel c., d. h. die Gesamtheit der beschlossenen Abänderungen gegen die Stimmen des Zentrums abgelehnt wurde. Nach dem Bericht des Frhrn. v. Hertling über die Beratung der Kommission wurde von dieser Seite erklärt: „Als

prinzipielle Gegner des Gesetzes wollten sie (d. h. die Freisinnigen) dasselbe nicht abgeändert, sondern aufgehoben wissen. Die einzelnen Paragraphen modifizirenden Artikel ändern nichts an dem entscheidenden Grundcharakter des Gesetzes und können daher ebenso wenig wie das modifizierte Gesetz im Ganzen von ihnen angenommen werden.“ Nach Ablehnung des Antrages Windthorst hat die Kommission bekanntlich die Regierungs-Vorlage — die Verlängerung des bestehenden Gesetzes — mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Bekanntlich ist im Herzogthum Braunschweig zwischen den National Liberalen und den Freisinnigen ein Kompromiß auf der Grundlage der Wahrung des Besitzthandes für die nächsten Reichstagswahlen abgeschlossen worden. Im „Holländener Kreisblatt“ wird darüber ein Schreiben eines Mitgliedes der nationalliberalen Parteileitung — man vermutet, des Abg. Sobrecht — mitgetheilt, worin es heißt:

„Ich halte an dem getroffenen Abkommen unbedingt fest, und Sie können versichert sein, daß dies seitens der Zentralleitung der nationalliberalen Partei unverrücklich gehalten werden wird. In anderen Theilen des Reiches werden nach früheren Vorgängen lokale und persönliche Gegenstände einen Kampf zwischen nationalliberalen und freisinnigen Kandidaten unvermeidlich machen; halten wir daran fest, ihn, wo es möglich ist, zu verhüten. In Braunschweig wird uns das, wie ich gar nicht zweifele, gelingen.“

Wie verschiedene Blättern berichtet wird, ist Herr von Bennigsen zu dem Entschluß, an dem nationalliberalen Parteitag Theil zu nehmen, durch eine zu ihm nach Hannover entsandte Deputation seiner Parteigenossen im Parlament, bestehend aus den Herren von Benda, Busl und Dögelhäuser, bewogen worden.

Potsdam, 7. Mai. Der Kaiser ist um 2 Uhr Nachmittags hier eingetroffen und hat sich alsbald nach dem Neuen Palais begeben, um daselbst bei den Kronprinzlichen Herrschaften das Döjeuner einzunehmen.

Potsdam, 7. Mai. Der Prinz von Wales ist heute Vormittag kurz nach 10 Uhr auf der Fahrt nach Berlin, der Prinzessin Christian zu Schleswig-Holstein und der Erbprinzessin von Meiningen empfangen und begrüßt worden. Sämmtliche Herrschaften begaben sich zu Fuß nach dem Neuen Palais, wo Prinz Wilhelm nebst Gemahlin und Prinzessin Karoline Mathilde zu Schleswig-Holstein den Gast begrüßten.

Hamburg, 6. Mai. Die unter dem Vorsitze des Präsidenten der Reichsbank, v. Dechend, in dem hiesigen Reichsbankgebäude abgehaltene Versammlung von Vertretern des Handels- und des Banngewerbes erkannte die Errichtung eines deutschen Zentral-Bankinstitutes für überseeischen Handel als wünschenswerth an und setzte eine Kommission zur Beratung der näheren Modalitäten der Ausführung nieder.

Hanau, 6. Mai. Das hiesige Komitee zur Errichtung eines National-Denkmal für die Gebrüder Grimm hat eine Zuschrift des Kultusministers erhalten, worin derselbe seine lebhafteste Sympathie für das von Pietät und Patriotismus getragene Unternehmen, sowie den Wunsch ausspricht, daß der Aufruf den kräftigsten Wiederhall finden möge. Gleichzeitig wird ein Beitrag aus den augenblicklich disponiblen Fonds gewährt.

Kissingen, 6. Mai. Der Großherzog von Baden ist heute zum Kurgebrauch hier eingetroffen.

Rom, 7. Mai. Der „Moniteur de Rome“ meldet, daß vor zwei Tagen eine Note des Kardinal-Staatssekretärs Jacobini in Betreff der Propaganda an die päpstlichen Nuntien abgegangen sei. In derselben wird wiederholt ausgeführt, daß durch das Vorgehen gegen die Propaganda die Rechte des päpstlichen Stuhles verletzt seien, wie dies von dem Episkopat vor der ganzen Welt in Protesten und Adressen konstatiert sei. Die Note lehnt jede Kombination, jedes Arrangement ab, welches die Würde und die Interessen der Propaganda antasten würde. Die Note datirt vom 30. April und ist am 2. Mai an die päpstlichen Nuntien abgesendet worden. — Der Papst empfing heute den Bischof Strofmayer in Privataudienz.

Rom, 7. Mai. Der „Diritto“ bespricht die Einladung zur Konferenz über die ägyptischen Finanzangelegenheiten, äußert sich beifällig über die Initiative, welche England in dieser Sache ergriffen habe, und meint, die italienische Regierung müsse dahin wirken, Italien auf der Konferenz den Platz zu sichern, der einer jungen, aber ihre Interessen vorzüglich wahrnehmenden Nation zukomme.

London, 4. Mai. Trozdem England die französische Note bezüglich der Einladung zur Konferenz noch nicht beantwortet hat, sind die offiziellen Organe voller Zuversicht über das Zustandekommen derselben. Nach der „Pol. Kor.“ werden England und Frankreich große Mäßigung an den Tag legen: „In englischen Regierungskreisen betont man, daß die Absicht, Erörterungen politischer Natur von der Konferenz auszuschließen, dem englischen Kabinette fern lag und auch sonst von keiner Seite ausgesprochen wurde. Eine eventuelle Aenderung des Liquidationsgesetzes bedinge selbstverständlich die Prüfung der gesammten

Produkten-Börse.

Berlin, 6. Mai. Wind: SSW. Wetter: Veränderlich, warm. Die große Mehrzahl der auswärtigen Berichte hat heute keine neue Anregung...

gungsscheine — udmärkischer — ab Bahn bez., per diesen Monat, per Mai-Juni 170,25 — 169,5 bez., per Juni-Juli 171,25 — 170,5 bez., per Juli-August 173,25 — 172,5 bez., per September-Oktober 176 — 175,25 bez.

20,75 — 21,50 M. nach Dual., per diesen Monat — M., per Mai-Juni 20,50 M., per Juni-Juli 20,75 M., per Juli-August — bez. Durchschnittspreis — Rindungspreis — M.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 6. Mai. Die heutige Börse eröffnete in schwacher Haltung und mit wenig veränderten Kursen auf spekulativem Gebiet. Die von den fremden Börsen vorliegenden Notierungen lauteten im Allgemeinen nicht unangenehm und auch hier besserte sich die Tendenz etwas im späteren Verlaufe des Verkehrs.

Die Kassawerte der übrigen Geschäftszweige blieben ruhig bei zumeist fester Haltung. Der Privatdiskont wurde mit 2 1/2 pSt. notirt. Auf internationalem Gebiet gingen Oesterreichische Kreditaktien nach schwächerer Eröffnung zu besserer Notiz ziemlich lebhaft um; Franzosen und Lombarden waren fest und ruhig, andere österreichische Bahnen behauptet.

mäßige Umsätze auf inländische Eisenbahnprioritäten blieben in 3 1/2 Prozent mehr gefragt und Bergische 4 1/2 Prozent beliebt. Bankaktien waren fest und ruhig; Diskonto-Kommandit-Anteile behauptet, Deutsche Bank etwas anziehend.

Umrechnungssätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Francs = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 820 Mark. 1 Livre Sterling = 20 Mark.

Table with multiple columns: Wechsel-Kurse, Ausländische Fonds, Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien, Berlin-Dresd. v. St., Def. Lit. B. (Elbeth.), Nordb. Bank, Industrie-Aktien, Bank-Aktien, etc.